

Frischer Wind durch die deutsche Kulturlandschaft: Organisation, Teilhabe, Finanzierung

Das Beispiel des Kulturfonds FrankfurtRheinMain gGmbH

Karsten Essen

Seit jeher scheint Deutschland ein Exemplum von Föderalismus und Subsidiarität zu sein, im Guten wie im – weniger Guten. Über Jahrhunderte behauptete sich hier ein System von politischer und kultureller Hierarchie und Mannigfaltigkeit in labilem Gleichgewicht. Dessen Antagonisten hießen wahlweise Kaiser und Fürsten, Städte und Reich, Zentrum und Peripherie. Dabei belebte auch in diesem Wettstreit um Macht und Prestige Konkurrenz das Geschäft mit den fortschrittlichsten Ideen. Vielfalt muss also nicht (nur) hinderliche Unübersichtlichkeit bedeuten. Zustände aber, die in *rebus politicis* mit dem Reichsdeputationshauptschluss (1803), spätestens mit der Reichseinigung von 1871 ein Ende gefunden hatten, erbten sich auf dem Gebiet von Kultur und Bildung weiter fort und beschäftigen in ihrer scheinbaren Querständigkeit zu modernen Grundsätzen von Politik und Verwaltung bis heute die Experten.

Der vieldiskutierte deutsche Bildungsföderalismus etwa – festgeschrieben im Grundgesetz von 1949 und seither wiederholt parlamentarisch bestätigt – führt aktuell zu 16 verschiedenen Schulbildungssystemen sowie zu anhaltenden Strukturdebatten in der Kultusministerkonferenz. Es liegt auf der Hand, dass diese Verhältnisse nicht nur, gelinde gesagt, organisatorische Herausforderungen bereithalten, sondern auch budgetäre Wirkungen zeitigen. Auf den ersten Blick stellen sich die Dinge relativ positiv dar, wenn man anstelle der Bildung den öffentlichen Kunst- und Kulturbetrieb in Deutschland ins Auge fasst: Ist doch das Kriterium der Diversität, des stets Neuen und allein dadurch schon Interessanten seit den Tagen der europäischen Romantik geradezu so etwas wie die (ästhetische) Leitdifferenz des gesellschaftlichen Subsystems Kunst.

Die absolute Vielzahl und die historisch-organische Struktur hiesiger kultureller Einrichtungen, insbesondere auf dem Gebiet von Musik und Theater, behauptet nach wie vor eine internationale Spitzenstellung. Ein Beispiel: Neulich war zu lesen, dass mehr als die Hälfte aller Opernhäuser weltweit zwischen Rhein und Oder spielen (*DIE WELT*, Online-Ausgabe v. 25. Juli 2011). Diese an sich Respekt einflößende Zahl erscheint jedoch unmittelbar in fragwürdigerem Licht, wenn man ihr die prozentuale Kostendeckung allein der zehn größten Häuser in der Spielzeit 2009/2010 gegenüberstellt: 22,5 Prozent. In der Provinz sehen die Dinge, leider, noch wesentlich trüber aus:

9,33 Prozent (*WirtschaftsWoche*, Online-Ausgabe v. 22. November 2010). Angesichts dieser Verhältnisse bedürfen politische Entscheider überdurchschnittlicher kulturpolitischer Selbstsicherheit und Autorität, um in Zeiten einer notorisch angespannten öffentlichen Finanzlage die nötigen gewaltigen Zuschuss-Ausgaben (insgesamt zuletzt zirka zwei Milliarden Euro) gerade in diese Kanäle zu lenken. Dass sie es dennoch tun, heißen immerhin noch 58 Prozent der Befragten einer Online-Erhebung des Berliner *Tagesspiegels* gut (*DIE ZEIT*, Online-Ausgabe v. 20. Dezember 2010).

Der Blick ausgerechnet auf die deutsche Opernlandschaft mit ihrer traditionellen, bis heute beständigen Gliederung in Provinzbühnen, Stadt- und Staatstheater bis hin zu Häusern in der Metropole Berlin, die Subventionen auch vom Bund beziehen, erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll, da er auf die bereits erwähnte Dichotomie von Zentrum und Peripherie verweist. Diese ist in einem in europäischem Maßstab größeren Land mit mehreren urbanen Ballungszentren von besonderer Wirkmächtigkeit. Neben die historisch gewachsene Kultur-Infrastruktur treten in unseren Tagen zunehmend verschiedene Einflüsse der soziodemografischen Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg hinzu. Das Anwachsen städtischer Agglomerationen, der schier Größe und ihrer Bedeutung nach, korreliert dabei einer gewissen Auszehrung des ländlichen und vorstädtischen Raumes. Gleichzeitig ändert sich durch vermehrte Mobilität und neue Erwerbsbiografien die Bevölkerungszusammensetzung bestimmter stadtnaher Gebiete, mit allen Auswirkungen auf dortige kulturelle Ansprüche und ebensolche Konsumgewohnheiten. In der Region Frankfurt/Rhein-Main sind diese Entwicklungen seit 1945 besonders gut nachzuvollziehen und auch bereits hinreichend dokumentiert: Durch die Neuansiedlung oder Vergrößerung einschlägiger Branchen von Industrie und Dienstleistung (Chemie; Bankensektor) entstand eine neue, nicht immer eingesessene Obere Mittel- und Oberschicht, die sich mit Vorliebe im näheren Frankfurter Umland, etwa den heutigen Kreisen Main-Taunus, Hochtaunus und Wetterau, niederließ. Man spricht seitdem, wenig schmeichelhaft, vom Frankfurter ‚Speckgürtel‘.

Welche Veränderungen genau sind es aber gewesen, die diese Entwicklungen im Bereich von Kunst und Kultur gezeitigt haben, und wie begegnet man der Situation heutzutage? Am Beispiel des Kulturfonds FrankfurtRheinMain, einer im Jahr 2007 gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft mbH, lassen sich moderne Perspektiven von Organisation, bürgerschaftlicher Teilhabe an Kunst und Kultur sowie innovativen Finanzierungsmodellen konkret verfolgen. Zur Vorgeschichte: In europäischem Maßstab betrachtet, sind es die großen urbanen Metropolen (London, Paris, Mailand, Wien, seit 1989 auch wieder Warschau oder Prag), von denen eine international deutlich spürbare kulturelle Strahlkraft ausgeht. In Deutschland kann man wohl vor allem Berlin als vergleichbare Metropole bezeichnen, doch gibt es hierzulande noch zwei bis drei sogenannte ‚Metropolregionen‘, deren Potential zu entwickeln und zu

propagieren in den letzten Jahren Ziel vermehrter Anstrengungen gewesen ist. Hier wären vor allem zu nennen: der Großraum München, das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet mit Frankfurt am Main als natürlichem Zentrum. Frankfurt und die Städte und Gemeinden seines Umlands haben, wie oben beschrieben, gute Gründe, in kulturellen Angelegenheiten (und ihrer Finanzierung) den Schulterschluss zu suchen und, im besten Sinne, gemeinsame Sache zu machen. (Auch mag es in der Vergangenheit zwischen den Beteiligten hin und wieder zu Unmut über die Frage gekommen sein, welchen Anteil die einpendelnden Kulturkonsumenten insgesamt an der Zahl der Opern- und Museumsbesucher etc. ausmachen, ohne dass ihre Heimatgemeinden an den Kosten dieser kulturinfrastrukturellen Leistungen sich angemessen beteiligen.) So lag die Idee eines finanziellen Ausgleichsfonds nahe, der zugleich selbst treibende Kraft im Spiel der kulturellen Kräfte sein soll, der die Metropole in mancher Hinsicht entlasten und gleichzeitig den umliegenden Kommunen Projekte jenseits ihrer natürlichen konzeptionellen oder budgetären Reichweite ermöglichen kann.

Das Leitbild des Kulturfonds liest sich in seiner Selbstbeschreibung (www.kulturfonds-frm.de/kulturfonds.html v. 21. Juni 2011) folgendermaßen:

„In einem Europa der Regionen wollen wir die starke Position von Frankfurt RheinMain festigen und weithin sichtbar machen. Mit diesem Ziel führen wir die kulturellen Aktivitäten unserer Region enger zusammen und fördern neue Kulturprojekte mit nationaler und internationaler Ausstrahlung.“

Oder in den Worten seines Gründungsgeschäftsführers Professor Dr. Herbert Beck:

„Die Region ist eine Millionenstadt. Diese Region muss konkurrenzfähig bleiben gegenüber anderen großen Metropolen in Europa und darüber hinaus. [...] Wir schauen nicht auf die lokalen Kirchtürme, um stattdessen die großen, historisch übergreifenden, die Region verbindenden Themen zu definieren und in Projekten zu präsentieren.“ (IHK [Frankfurt]Wirtschafts-Forum 06.11, S. 45.)

Sein Selbstverständnis als aktiver Part(ner) der Kulturlandschaft vor Ort definiert der Kulturfonds so:

„Wir fördern Kultur. National und international. Für das Rhein-Main-Gebiet. Der Kulturfonds initiiert, entdeckt und unterstützt Projekte. Sein Ziel ist es, die kulturelle Bedeutung der Region zu erhöhen, indem er Verbindungen schafft und gemeinsame Vorhaben von Kulturinstitutionen fördert, die aus jeweils eigener Kraft nicht die gleiche Wirkung entfalten könnten.“ (www.kulturfonds-frm.de/ueberblick.html v. 21. Juni 2011)

Die beschworene regionale Verwurzelung des Kulturfonds erklärt sich zum einen aus der Geschichte seiner Entstehung und hat zum anderen in mehrfacher Hinsicht positive Effekte: Hervorgegangen ist die Institution nämlich aus einer durch eine Expertenrunde betriebenen Kultur-Mediation, die schon damals, im Herbst 2005, Vertreter der Politik, der Kultur sowie der Wirtschaft, etwa der IHK, aus der Metropole und der Region zu beschriebenen Zweck an einem Tisch versammelte. Bis heute nehmen folgende Körperschaften Gesellschafterfunktion des (durchaus erweiterungstoleranten) Kulturfonds wahr: das Land Hessen, der Hochtaunuskreis, der Main-Taunus-Kreis sowie die kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Darmstadt. Verhandlungen mit weiteren an einer Kooperation interessierten Kommunen sind auf gutem Weg. Diese seltene Partnerschaftlichkeit erleichtert sicherlich auch die budgetären Angelegenheiten des Fonds, deren Regelung anfangs nicht trivial erschien; er speist sich nun aus einem jährlichen Beitrag der Gesellschafter von jeweils zwei Euro pro Einwohner, die das Land Hessen seinerseits verdoppelt und diese Summe um nochmals eine Million Euro erhöht. So ergab sich im Geschäftsjahr 2010 ein Gesamtbudget von annähernd sechs Millionen Euro.

Die Natur der Förderziele des Kulturfonds ist mannigfaltig, sie reicht von der „Darstellung der historischen, die Region verbindenden Kunstepochen“ (www.kulturfonds-firm.de/projektbereiche.html v. 21. Juni 2011) bis hin zur spürbaren Verstärkung der (traditionell bedeutenden) Frankfurter Szene für modernen Tanz durch die finanziell unterstützte Neuansiedlung der Compagnie „KIDD Pivot Frankfurt RM“ (vgl. FAZ v. 16. September 2009). So unterschiedlich immer die Ziele und Projekte, ein Gemeinsames lässt sich m. E. dabei doch erkennen: Stets wirken sie heilsam der vielerorts zu beobachtenden Tendenz zu einer generellen Event- oder Festival-Kultur entgegen, indem historische oder ästhetische Stimmigkeit sowie das nachhaltige Entwicklungspotential einzelner Projekte in ihrem urbanen Umfeld mehr gelten als einige wenige, wenn auch noch so wertvolle kulturelle Glanzlichter, die – häufig importiert und nicht selten ohne konkreten Bezug zur Region – schnell auch wieder verblassen. So wird auf die Dauer für die Ausstrahlung der Kulturregion Rhein-Main mehr getan als zum Beispiel durch eine elegante Picasso-Schau mit gesellschaftlichem Beiprogramm, deren Besucher vielleicht nicht einmal ahnen, welche Schätze etwa das Frankfurter Städel Museum ständig und vergleichsweise preiswert bereithält.

Dass der Kulturbegriff des Kulturfonds FrankfurtRheinMain allerdings nicht allein auf die sogenannten ‚Schönen Künste‘ beschränkt ist, wird etwa aus einem seiner eher sozialwissenschaftlichen Themenschwerpunkte ersichtlich, durch welchen der Kulturfonds die Zusammenhänge zwischen Kunst, Kultur und Gemeinwesen auf der Metaebene erkunden lassen möchte: „Bürgergesellschaft und Bürgerstädte. Wurzeln, Gegenwart, Zukunft“, so nennt sich ein für Frankfurt und die Gemeinden seines Umlands geradezu maßgeschneidertes Forschungskolleg, das in Kooperation mit der Stif-

tung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main sowie der dortigen Goethe-Universität 2010/2011 aufgelegt wurde. „Der Begriff ‚Bürgergesellschaft‘ weckt vielfältige Assoziationen. Er führt zu Reflexionen darüber, welche substantiellen Beiträge der Staat, das zivile Gemeinwesen und jedes einzelne Individuum zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten.“ Die Leitfragen dieser Veranstaltungsreihe offenbaren viel von dem Verständnis von bürgerschaftlicher Teilhabe sowie der Integration von Kultur und Gesellschaft, so wie der Kulturfonds es pflegt: „Was sind die Elemente einer aktiven Bürgergesellschaft und Bürgerstadt? Welche Wurzeln hat sie? Wie begegnet sie den aktuellen Herausforderungen? Welche zukünftigen Chancen hat sie?“ (*Kulturfonds FrankfurtRheinMain, Projekte 2011, S. 44.*)

Der Versuch, Kulturprojekte nicht als häufig genug schwierige Kommunikation zwischen ‚Elfenbeinturm‘ und ‚Flachland‘ zu etablieren, scheint hier aufzugehen. Der Kulturfonds FrankfurtRheinMain verfügt dazu neben seiner Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung bzw. dem Kulturausschuss über ein weiteres Gremium, das sowohl planend-beratende Funktionen wahrnimmt als auch für die gute öffentliche Sichtbarkeit und breite Akzeptanz des Fonds und seiner Vorhaben sorgt: das Kuratorium. Dessen Mitglieder sind Persönlichkeiten aus allen Bereichen des professionellen und gesellschaftlichen Lebens, nicht ausschließlich des kulturell-künstlerischen. Durch den Überblick des Kuratoriums nach vielen Seiten hin soll gewährleistet werden, dass bestimmte Projekte nicht zu gleichartig, quasi in Monokultur oder gänzlich an einer anzunehmenden Publikumserwartung vorbei durchgeführt werden. Offensichtlich mit Erfolg: Das laufende Programm spiegelt die Vielzahl von sinnvollen Kooperationen, die durch und mit dem Kulturfonds zustande gekommen sind, deutlich wider. Hier kann sicherlich auf die im Rhein-Main-Gebiet traditionell bestehende, breite wie tiefe Kulturinfrastruktur von Heimatvereinen und kleineren Spezialmuseen und -archiven bis hin zu potenten Stiftungen und Universitätsinstituten aufgesetzt werden. Dennoch lässt sich hier m.E. bereits die Tendenz zu mehr Offenheit, gesteigerter Kommunikationsbereitschaft und vermehrter Interaktivität in kulturellen Angelegenheiten erkennen. Auch – so scheint mir – *expressis verbis* der Wunsch der Bürger (oder zumindest einer kleinen, besonders aktiven Gruppe von Bürgern) nach mehr Möglichkeiten der Anhörung und größerer Einflussnahme auf jene Dinge, die sie unmittelbar angehen, die *res publica* mit anderen Worten. Und es sieht schließlich nicht so aus, als stellten sich solche Herausforderungen nur Frankfurt und den Bewohnern seines Großraums; ein Blick ins Ruhrgebiet (man betrachte etwa die Vor- und Nachbereitung des europäischen Projekts RUHR.2010) oder nach München zeigt deutliche Parallelen bei spezifischen Problemen und den Strategien zu ihrer Bewältigung. Aus Köln und Stuttgart ist Ähnliches zu vernehmen. Nur ist man noch nicht überall auf dem gleichen Stand der institutionell-organisatorischen Objektivierung der Interessenlagen.

Diese Überlegungen (und auch die Arbeit des Kulturfonds FrankfurtRheinMain gGmbH) finden statt in Zeiten schneller Transformation politischer und – so kann man folgern – auch kultureller Gewohn- und Gewissheiten. Früher reichte oft der Hinweis auf bestimmte transatlantische Verhältnisse in den USA, um die reformfreundigen Kräfte hierzulande zu mobilisieren – etwa die Erwähnung, in welchem Umfang dort Privatleute und von solchen ins Leben gerufene Stiftungen und *endowments* kulturell-künstlerische Projekte (finanziell) ermöglichen und begleiten. Unter diesem Eindruck war man versucht, das legendäre Diktum John F. Kennedys zum Interdependenzverhältnis von Bürger und Staat/Gemeinwesen unmittelbar kulturpolitisch zu verstehen. Heute sind es wohl eher die ungeahnten Anwendungsmöglichkeiten und Nebeneffekte der vielbeschworenen *social media* (das Internet an sich, speziell Plattformen wie Facebook oder Twitter), die dem mündigen Bürger zu Segen und Fluch zu Gebote stehen. Die Überlegung scheint geboten, welche Auswirkungen eventuell grundstürzender Art Vorgänge wie die rund um ‚Stuttgart 21‘ oder die bundesweit verfolgte Namensgebung eines öffentlichen Tunnels bzw. Freibades in Schäbisch Gmünd (hier lässt sich diese Sommerkabale des Jahres 2011 noch einmal systematisch nachvollziehen: <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,775983,00.html> v. 22. Juli 2011) in Zukunft auf das eigentlich kulturell-künstlerische Subsystem üben werden. Der Appell „Mischt Euch ein!“ (manchmal gar: „Empört Euch!“) mag in vielen Fällen der richtige und angebrachte sein, wache Aufmerksamkeit und Eingebundenheit der Bürger in politische Prozesse schärft sicherlich das Gespür für die Diffizilitäten bei ihrer Entscheidungsfindung. Doch lässt sich solches ohne weiteres auf das Gebiet des Kulturellen übertragen? Wie basisdemokratisch soll, kann Kunst überhaupt sein? Ein weites Feld ...

Die Anfänge öffentlicher Kunstübung lagen vielfach im Kultischen und damit im Arkanen, Elitären; dennoch war es der Traum von Jahrhunderten, besonders seit der Romantik, das gesellschaftlich Transzendierende, ultimativ Versöhnende der Kunst auch praktisch zu entbinden. Möglicherweise leben wir momentan an der Schwelle einer Epoche, die zu diesem Entweder-oder neue Lösungen aussinnt; bis auf Weiteres bleibt allerdings gültig, was Friedrich Nietzsche 1876 mit Blick auf die ersten Bayreuther Festspiele formuliert hat: „Damit ein Ereignis Größe habe, muss zweierlei zusammenkommen: der große Sinn derer, die es vollbringen, und der große Sinn derer, die es erleben.“ (*Unzeitgemäße Betrachtungen IV: Richard Wagner in Bayreuth*)